

Wir haben uns verwahren wollen dagegen, daß wir, wenn wir den Antrag annehmen, für Feinde des norddeutschen Bundes gehalten werden können;

(Abg. Dehmichen bittet um das Wort.)

wir haben geglaubt, unserer politischen Ueberzeugung schuldig zu sein, uns klar und bündig hierüber auszusprechen, und deshalb den Unterantrag gestellt. Der Herr Abg. Sachße hat denselben dann falsch verstanden, wenn er gemeint hat, wir hätten bloß sagen wollen, wir wollten uns darüber kein Urtheil erlauben, ob es möglich sei, abzurüsten oder nicht; wir wollten mit unserem Unterthanenverstande die Beurtheilung der Regierung überlassen, ob das jetzt oder später einmal gehe. Ich sollte meinen, der Herr Abg. Sachße wisse selbst recht wohl, daß wir unsern Unterantrag so nicht verstanden wissen wollen. Nein, wir haben sagen wollen, was unverkennbar ist, wir haben den Schein abwehren wollen, als ob wir für den Antrag stimmen aus Feindseligkeit gegen den Bund, als ob wir mit denen gehen wollen, die dem Antrage nur etwa aus feindlicher Gesinnung gegen das Bundesverhältniß beistimmen werden.

Secretär Dr. Gensel: Meine Herren! Ich hatte mir vorgenommen, in dieser Angelegenheit, die meiner Ansicht nach nicht zur Competenz des Landtags gehört, nicht zu sprechen; nachdem jedoch von einer Seite des Hauses der national-liberalen Partei, der mit allen Fasern meines Herzens anzugehören ich mir zur Ehre rechne, der Vorwurf gemacht worden ist, als ob wir nur ein Großpreußen, einen Einheitsstaat anstrebten, so sehe ich meinerseits mich genöthigt, mich gegen diesen Vorwurf entschieden zu verwahren. Ich erstrebe mit meinen Freunden die Consolidation Deutschlands und wir suchen sie vor allen Dingen auch in dem Eintritt der süddeutschen Staaten; wir begrüßen mit der herzlichsten Freude jede Kundgebung aus Süddeutschland — komme sie aus den Cabineten, komme sie aus den Kammern, aus Volksversammlungen oder in der Presse — welche die Aussicht auf einen baldigen Eintritt der süddeutschen Staaten uns näher bringt. Nun, meine Herren, daß, wenn die Südstaaten in den Bund eintreten, das Uebergewicht Preußens vermindert wird, darüber kann kein Zweifel sein. So ist mein Standpunkt; es ist meine heilige Ueberzeugung und ich bestreite Jedermann, wer es auch sei, das Recht, diese Ueberzeugung als solche anzuzweifeln.

(Vereinzelte Bravorufe.)

Abg. Dehmichen: Ich habe gesagt, daß die national-liberale Partei in dem Vordergrunde das Großpreuenthum anstrebt. Dieser Ausspruch ist von dem letzten geehrten Sprecher angegriffen worden und ich habe mich deshalb zu vertheidigen. Ich bin überzeugt, daß bei dem lebhaften Interesse, welches der geehrte Abgeordnete den Verhandlungen des Reichstags gewidmet haben wird, ihm nicht

entgangen sein kann, was seiner Zeit die Reichstagsabgeordneten Jäger, Miquel, Grumbrecht, Graf Münster, Herr von Benda und Andere gesagt haben. Alle von mir genannten Personen gehören der nationalliberalen Partei an und von Allen ist ausgesprochen worden, daß ihr endgiltiges Bestreben die Mediatisirung sämmtlicher Kleinstaaten in Deutschland sei. Namentlich ist dies von dem Abg. Jäger gesagt worden und bei letztem Reichstage wieder vom Grafen Münster. Wenn das nicht Beweise sind, dann, meine Herren, weiß ich nicht, welche bessere ich Ihnen bringen soll. Vom Abg. Temper ist unter Anderm gesagt worden, ich gehöre nicht zu denen, welche die Consolidirung Deutschlands wollten, wenigstens muß ich annehmen, daß sich diese Aeußerung auf mich bezog, als er meinte, es gäbe Männer, welche noch jetzt die Consolidation Deutschlands nicht wünschen. Er ist im großen Irrthume über Das, was ich gesagt habe. Ich habe ausdrücklich gesagt: ich erstrebe die Consolidation Deutschlands noch in derselben Weise, wie vor zwanzig Jahren, d. h. auf dem Föderativsystem, nicht auf dem System des Einheitsstaates, das ist der Unterschied, und wenn der Abg. Temper gemeint hat, daß auf Grund der jetzigen deutschen Bundesverfassung die süddeutschen Staaten große Sehnsucht haben, in den Bund einzutreten, so ist meine Ueberzeugung eine andere und meine Nachrichten sind auch andere. Sie werden in den Deutschen Bund nicht eher eintreten, als bis man innerhalb desselben abläßt von denjenigen Kundgebungen, welche weder zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlands, noch zu seiner Sicherheit nach Außen nothwendig sind. Gab es etwa im Jahre 1813 auch eine große Armee, die vorher schon drei Jahre gedrillt war, als es galt, die Franzosen aus dem Lande herauszuhauen? Erinnern Sie sich nicht mehr daran, wie ein preußisches Landwehrbataillon das Petersthor in Leipzig erstürmte? Das waren auch nicht geschulte Truppen, meine Herren, das war die Nationalkraft, die aus dem verletzten Nationalgefühl hervorging, und dieser Fall würde wieder eintreten, wenn jemals das Ausland es wagen sollte, Deutschland anzugreifen. Dazu ist keine dreijährige Präsenzzeit nothwendig. Und ich führe Sie in die neuere Zeit. War früher die sächsische Armee drei Jahre präsent vor 1866? Und wer will es wagen, zu behaupten, daß die sächsische Armee sich nicht gut geschlagen habe? Es ist Thatsache, daß die Mannschaft nur achtzehn Monate in der Linie und vierundzwanzig bei der Cavallerie und Artillerie präsent war. Das kann aus Rechnungen nachgewiesen werden, wenn man sonst einen Nachweis will, und Niemand wird sagen, daß dadurch der Tapferkeit und Schlagfertigkeit der Armee ein Jota abging.

Wenn das Thatsachen sind, warum darauf hinwirken, versteckt oder offen, daß die norddeutsche Armee in der jetzigen Verfassung der dreijährigen Präsenzzeit bleiben soll? Warum denn? Ist das nicht eine Bedrohung nach dem Auslande hin? Muß das nicht unsichere Zustände her-